

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort:
Rieser
Postfach Nr. 22

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großpöchlitz, des Amtsgerichts und des Amtsgerichts beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagsort:
Rieser 1880.
Postfach:
Rieser Nr. 22

Nr. 288.

Donnerstag, 11. Dezember 1930, abends.

88. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Umzuges von Produktionsverrichtungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 4 mm hohe Grundzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 60 mm breite Reklameseite 100 Gold-Pfennige; zeitweiser und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bezahlter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Vervielfältigte Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

Schwere Tumultszenen im Reichstag.

Der Reichstag überwies den Strafrechtsentwurf dem Strafrechtsausschuß, das Pensionskürzungsgesetz dem Haushaltsausschuß. — Eine außenpolitische Debatte für Donnerstag wurde erneut abgelehnt.

Stimmungsbild aus dem Deutschen Reichstag.

Man hatte von der Mittwochssitzung des Reichstags, die vor allem der ersten Lesung des Entwurfs eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches galt, erwartet, daß sie nach den Stürmen der letzten Tage ruhig verlaufen würde. Das Gegenteil trat ein. Schon bei Beginn der Tagesordnung gab es eine Ueberraschung. Der Fraktionsführer der Nationalsozialisten, Abg. Frick, protestierte gegen die Verlesung seines Parteigenossen Dr. Fabricius und verlangte seine sofortige Freilassung. Der sofortigen Beratung des Antrags wird von Sozialdemokraten unter stützlichen Zurufen der Nationalsozialisten widersprochen. Dr. Frick verlangt jetzt den sofortigen Zusammentritt des Reichstages. Da dieser nur nach Verlegung der Sitzung erfolgen kann, wird im Hammersprung darüber abgestimmt. Mit 214 gegen 187 Stimmen wird die Beratung beschlossen und die nächste Sitzung auf eine halbe Stunde später angesetzt. Im Reichstagsrat wird der Widerspruch gegen die Haftentlassung Dr. Fabricius' aufgegriffen. Die ganze Aussprache erweist sich aber als sinnlos, da inoffiziell mitgeteilt wird, daß der Abgeordnete Fabricius bereits aus der Haft entlassen worden war.

In der neuen Sitzung sprach der greise Vorkämpfer des neuen Strafrechtsentwurfs, Geheimrat Kahl, zu dem Gesetz und fand rege Zustimmung auch bei Staatssekretär Joel, der ihm den Dank für seine bahnbrechende Arbeit aussprach. Als der kommunistische Abg. Dr. Ullrich jetzt die Rednertribüne betrat, änderte sich jedoch das bisher noch einigermaßen ruhige Bild der Sitzung. Durch schwere Angriffe des Redners gereizt, veranlaßten die Nationalsozialisten große Tumultszenen. Es hagelte Ordnungsrufe. Darauf dreht sich der Nationalsozialist auf ihren Bänken um, so daß sie dem Redner den Rücken zugekehrt, eine bisher noch nicht gekannte parlamentarische Nichtachtung. Die Tumulte bei der Rede des Kommunisten werden bei weitem durch die Stimmlosen übertraffen, die der nationalsozialistische Abg. Dr. Frank durch seine Rede entfesselt.

Bei der Rede des Sozialdemokraten Dr. Rosenberger kommt es zu neuen schweren Tumulten. Ein nationalsozialistischer Abg. muß dabei wegen tätlicher Bedrohung des Redners aus dem Saale getrieben werden. Es folgt eine neue unheimlich ausfallige Rede eines weiteren nationalsozialistischen Redners. Nach ihr erteilt der Präsident Abg. Geheimrat Kahl das Wort zu einer Schlussrede. Tiefbewegt betrat der alte Volksparteiler die Tribüne. Er sprach die Meinung der Mehrheit des Hauses aus, als er erklarend einbringlich ausriet: „Ich verzichte auf ein Schlusswort mit Rücksicht auf den unglaublichen Tiefstand der Diskussion.“

Vor Beginn der Sitzung war sich der Reichstagsrat darüber schlüssig geworden, die Reichstagsitzung bis Sonnabend zu verlängern, da eine große Anzahl von neuen Anträgen und Gesetzentwürfen eingegangen sind. Wenn die weiteren Sitzungen ähnlich tumultuarisch verlaufen, — und es hat den Anschein, nach allem was man hört — wird dem Reichstag durch die radikale Opposition jegliche produktive Arbeit unmöglich gemacht. Man muß weit in die Vergangenheit zurückgehen, um sich an Szenen von ähnlichem demagogischen Gepräge zu erinnern.

10. Dezember 1930.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Antrags Dr. Kahl (Dvp.), wonach die bisherigen Bestimmungen des alten Strafgesetzbuches für Strafrechtsreform dem neuen Reichstagsausschuß überwiesen werden sollen.

Dr. Kahl (Dvp.) begründet den Antrag. Beim Beginn seiner Ausführungen schenkt die Reichstagschronikographin, da die Sitzung vom Präsidenten Ullrich erst auf später anberaumt worden war. Abg. D. weist darauf hin, daß der alte Reichstag es verstanden habe, ein Ueberleitungs-gesetz für die Strafrechtsreform zu beschließen. Es wäre aber nicht zu rechtfertigen, wenn die wertvolle Arbeit von zwei Reichstagen für die Strafrechtsreform verloren ginge. Die Strafrechtsreform, die auch die Angleichung des deutschen und österreichischen Rechts bringen soll, sei dringend notwendig, damit das Recht nicht hinter der Entwicklung der Zeit zurückbleibe.

Präsident Ullrich unterbricht den Redner mit der Mitteilung, daß Dr. Fabricius schon vor dem Freilassungsbefehl aus der Haft entlassen worden sei.

Abg. D. Kahl (Dvp.) schließt mit dem Hinweis darauf, daß Deutschland bisher im Strafrecht die Führung habe. Diese Führung dürfe ihm nicht entzogen werden. (Beifall.) Staatssekretär Joel vom Reichsjustizministerium spricht dem Abg. D. Kahl den Dank dafür aus, daß er den Anstoß gegeben habe zur Wiederaufnahme der Strafrechtsreform, mit der Kahl's Name für alle Zeiten untrennbar verbunden sein werde. Das geltende alte Strafrecht sei heute naturgemäß politisch, sozial und wirtschaftlich völlig überaltert. Ein Abbruch der in den beiden letzten Reichstagen begonnenen Reformarbeit würde die bedenklichsten Folgen haben.

Abg. Mantau (Christl.-Soz.) befragt den Vorkämpfer des Abg. D. Kahl. Die Fortsetzung der Reformarbeit am Strafrecht sei notwendig, wenn man auch nicht allen Einzelheiten der bisherigen Ausschussarbeit zustimmen brauche. Notwendig sei vor allem die in der Reform vorgesehene Einführung von Besserungs- und Sicherungsmaßnahmen.

Abg. Dr. Ullrich (Komm.) erklärt, wenn je eine Zeit den Beruf zur Strafrechtsreform nicht gehabt habe, so sei es die deutsche Gegenwart, in der ein faschistisches Regime sich über den Willen der Volksmehrheit hinwegsetze. Der bisherige Reformentwurf sei ein Werk der politischen, sozialen und kulturellen Reaktion.

Als der Redner sich gegen die Nationalsozialisten wendet, kommt es zu Tumulten. Abg. Gemes (Nat.-Soz.) und mehrere andere Nationalsozialisten rufen: „Unverschämter Judenjunge!“ Sie werden dafür zur Ordnung gerufen. — Von den Nationalsozialisten wird weiter gerufen: „Was geht dem Juden das deutsche Recht an?“

Präsident Ullrich erklärt, wenn die dauernden Störungen nicht aufhören, müsse er mit Ausweisungen vorgehen. Darauf verlassen verschiedene Nationalsozialisten den Saal, die übrigen drehen sich um, so daß sie dem Redner den Rücken zugekehrt. — Als von den Kommunisten durch Zurufe auf diese Demonstration hingewiesen wird, rufen die Nationalsozialisten: „Es reicht uns zu sehr nach Knoblauch.“ Als einziges Mitglied seiner Fraktion bleibt der nationalsozialistische Abg. Stöhr mit dem Gesicht dem Redner zugewandt sitzen.

Abg. Dr. Frank II (Nat.-Soz.) beginnt seine Rede mit den Worten: „Der Proletarier Ullrich hat die ehe jüdische Unverschämtheit befeuert.“ — Präsident Ullrich ruf den Redner zur Ordnung. Dr. Frank wiederholt den Satz: „Prof. Ullrich ruf ihn nochmals zur Ordnung und macht ihn auf die Folgen eines dritten Ordnungsrufes aufmerksam.“ Die Kommunisten erwidern durch „Wahnschreie“ Ullrich's Unruhe, in der die weiteren Ausführungen des Redners nur sehr schwer zu verstehen sind.

Präsident Ullrich droht den Geräuschgewirren Schließung der Sitzung und Ausweisung an. Das Gemurre läßt darauf etwas nach, verstärkt sich aber wieder, als Dr. Frank meint, Kommunisten und Juden könnten ihn nicht beleidigen.

Abg. Dr. Frank II (Nat.-Soz.) erklärt, die Nationalsozialisten würden die von diesem Parlament begonnene Strafrechtsreform nicht wieder aufnehmen, denn dabei handele es sich nicht um Reformarbeit. Dem deutschen Empfinden widerspreche es, wenn der Zweckkampf verbotten, die Schließung aber erlaubt ist.

Verärgertes Gemurre der Kommunisten veranlaßt den Präsidenten zu der Erklärung, er ersuche jetzt zum letzten Male um Ruhe und werde zu strengeren Maßnahmen greifen.

Abg. Dr. Frank II hat in seinen weiteren gegen die Mittelparteien gerichteten Ausführungen, die bei der von den Kommunisten erzeugten Unruhe nicht auf der Tribüne zu verstehen sind, offenbar eine unparlamentarische Bemerkung gemacht, denn Präsident Ullrich ruf ihn zum letzten Male zur Ordnung und erwidert ihm — wie das beim letzten Ordnungsruf immer geschieht — gleichfalls das Wort (Unruhe bei den Nat.-Soz.).

Abg. Bogmann (Str.) beschwört sich auf die kurze Bemerkung, daß das Zentrum gegen die bisherige Reformarbeit keine Bedenken habe, aber der Ausschussüberweisung nicht widersprechen wolle. Die Deutsche Volkspartei nehme die gleiche Haltung ein.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) nimmt dann das Wort, worauf die meisten Nationalsozialisten den Saal verlassen. Abg. Dr. Goebbels ruf im Saal: „Was hat denn dieser Jude im deutschen Reichstag zu suchen?“ Präsident Ullrich ruf den Abg. Dr. Goebbels zur Ordnung.

Abg. Dr. Rosenfeld stimmt dem Antrag Kahl zu, verlangt aber, daß im neuen Strafgesetzbuch die Todes- und die Ruchlosstrafe verschwinden.

Bei weiteren Ausführungen des Redners entsteht großer Lärm rechts. Der nationalsozialistische Abg. Weiter macht laute Zurufe und geht dann drohend gegen einige Abgeordnete von links vor.

Präsident Ullrich weist ihn wegen Bedrohung von Abgeordneten aus dem Saal und ruf den nationalsozialistischen Abg. Weiter wegen beschimpfender Zurufe zur Ordnung. Abg. Weiter verzicht den Saal.

Abg. Rosenfeld (Nat.-Soz.) erklärt, dieses Parlament sei gar nicht imstande, ein wirklich deutsches Recht zu schaffen. Das deutsche Recht müsse die Menschheit deutscher Seele und deutscher Feder schützen (Rufe links: „Und das sagt die Partei, Münchener“). Dafür ist kein Verhängnis vorhanden in den Parteien, in denen die Intelligenz besten und Gemäßigtesten sitzen. Die Verlogenheit, die sich in dieser Frage auch bei den Mittelparteien zeigt, zeigt uns an. (Beifall und Klatschen bei den Nat.-Soz.)

Abg. D. Kahl (Dvp.): Ich verzichte auf ein weiteres Schlusswort mit Rücksicht auf den Tiefstand der Diskussion. Wären die beiden Parteien rechts und links konsequent, so

würden sie verzichten auf die Mitwirkung an einem neuen Strafgesetzbuch und wenn sie verzichten, dann bin ich überzeugt, wird auch ein gutes deutsches Strafgesetzbuch zustande kommen. (Beifall in der Mitte.)

Der Antrag Kahl wird hierauf gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationalen dem Strafrechtsausschuß überwiesen.

Dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen wird ein von den Regierungsparteien eingebrachter Gesetzentwurf, monach gewerbmäßige Stellenvermittlung, die sich lediglich mit der Vermittlung zu Konzerten, Befahrens- und anderen Vorträgen befaßt, bei denen ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft obwalte (Konzertagenten) ihren Betrieb bis auf weiteres fortführen dürfen.

Dann wird die gestern abgebrochene Aussprache über das Pensionskürzungs-Gesetz fortgesetzt.

Abg. Reinhold (Dt. Staatsp.) erklärt, seine Partei stehe fest auf dem Boden des Berufsbeamtenstandes und werde keinem Gesetz zustimmen, das diesen Boden verläßt. Das könne man aber von dem vorliegenden Entwurf nicht behaupten. Dieser Vorlage könne auch das Berufsbeamtenstand zustimmen. In der jetzigen Notzeit seien viele Schichten des Volkes mit Recht darüber erregt, wenn Pensionskürzungen anderen Arbeitsträgern die Arbeitsplätze wegnehmen. Die Staatspartei behalte sich Verbesserungsvorschläge für die Ausschussberatung vor.

Abg. Pöck (W.-P.) hält es für notwendig, im Ausschuss auf der Vorlage die jetzt darin enthaltenen Härten und Ungerechtigkeiten zu entfernen. Es sei durchaus berechtigt, gegen die Doppelverdiener vorzugehen, aber unbedeutend sei die sozialdemokratische Forderung, daß neben dem Arbeitslohn auch das übrige Einkommen angerechnet werden soll. Das würde zur Vermögenskonfiskation führen. Die Beamten, die sich auf ihre Verfassungsrechte berufen, müßten auch die in der Verfassung enthaltenen Rechte des Mittelstandes achten. Leider seien in die Beamtenchaft viele Elemente eingedrungen, die nicht Berufsbeamte sind. Der Redner weist in großer Erregung die Doppelverdiener, die die Wirtschaftspartei beamtenfeindlich sei, zurück. Die Beamten müßten sich politisch rechts orientieren, dann würden sie den Sozialismus überwinden.

Abg. Dr. Böcker (Soz.) erwidert dem Vordredner, die Beamtenchaft habe aus sich heraus mit richtigem Instinkt den Weg zur genossenschaftlichen Selbsthilfe der Käufer gefunden. Die Ehre des deutschen Berufsbeamtenstandes müsse geschützt werden vor dem Verdacht, daß der nationalsozialistische Abg. Sprenger die Kulturhöhe des deutschen Berufsbeamtenstandes repräsentiere. Dr. Frick hat durch besondere Verehrung sich eine Pension geküßert, die den übrigen Ministern nicht zusteht. (Hört! Hört! links. — Große Unruhe in der Nat.-Soz. — Abg. Gemes (Nat.-Soz.) ruf „Berufskürzer“ und wird deswegen vom Präsidenten Ullrich zur Ordnung gerufen.)

Präsident Ullrich erklärt, die Redezeit von Dr. Böcker sei abgelaufen. Abg. Dittmann (Soz.) widerspricht dieser Feststellung des Präsidenten, worauf einige Nationalsozialisten Dittmann zurufen: „Dieser Meuterer!“ Von sozialdemokratischen Abgeordneten kommen Gegenrufe; ein Sozialdemokrat ruf nach rechts: „Dieser Aufsteiger!“ und „Dieser Rührer!“ — Während Abg. Dr. Böcker nach einigen Schlussätzen die Rednertribüne verläßt, schließt der Abg. des Streits zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten immer lauter an. Der nationalsozialistische Abgeordnete Dreher schwingt drohend die Fäuste und will zu den Sozialdemokraten hinüberstürmen. Seine Parteigenossen halten ihn fest, aber er versucht, sich loszureißen. Nur schwer gelingt es den Nationalsozialisten, ihren Fraktionsgenossen Dreher zurückzuhalten.

Präsident Ullrich erklärt, bei dem herrschenden Lärm sei es nicht möglich, irgend etwas zu verstehen. Er ersucht die Abgeordneten, die Plätze einzunehmen.

Der Lärm legt sich schließlich und als nächster Redner nimmt Abg. Gemes (Christl.-Soz.) das Wort. Er erklärt, seine Freunde würden im Ausschuss an der Vorlage mitarbeiten. Sie wollten keineswegs den Beamten das gleiche Unrecht zufügen, das während der Inflation unter Nichtachtung aller wahlberechtigten Rechte so vielen Parteigenossen zugefügt wurde. In der jetzigen Notzeit müßte aber auch ein gewisser Abtrieb bei den hohen Pensionen von Doppelverdienern gemacht werden.

Abg. Gemmetter (Landvolk) bezeichnet in einer kurzen Fraktionserklärung eine Kürzung der Pensionen als notwendig. Der Ueberweisung des Entwurfs an den Haushaltsausschuß stimmt er zu.

Abg. Groß (Str.) richtet heftige Angriffe gegen die Wirtschaftspartei, die ihre Beamtenfeindlichkeit mit dem bekannten „Madenlied“ und mit verschiedenen Kartellationen gegen die hohen Pensionen und der Haltung zu diesem Gesetz zeige sich auch bei den Nationalsozialisten und Deutsch-